

ZUSAMMENFASSUNG

Für die vorliegende Untersuchung über die Biografien ehemals administrativ versorgter Menschen wurden 58 lebensgeschichtliche Interviews mit Betroffenen geführt und ausgewertet. Die Untersuchung will Antworten auf folgende Fragen geben: Wer waren diese Menschen und warum wurden sie administrativ versorgt? Wie sah ihr Leben in der Anstalt aus? Was erlebten sie und wie bewältigten sie diese Erfahrungen? Und schliesslich: Wie beeinflusste die administrative Versorgung ihr weiteres Leben? Der biografische Fokus erlaubt neue Erkenntnisse in Bezug auf die gesellschaftliche Funktion administrativer Versorgungen in der Schweiz, insbesondere für den hier hauptsächlich untersuchten Zeitraum der 1950er- bis 1970er-Jahre. Ebenso erweitern die Zeitzeuginnen- und Zeitzeugenberichte das Wissen über die administrative Versorgung in der Schweiz in substanzieller Weise. Sie ermöglichen Einblicke ins Thema, die aus anderen Quellen, zum Beispiel amtlichen Dokumenten, kaum gewonnen werden können, und liefern damit wichtige Ergänzungen zu bisherigen Befunden.

Die vergleichende Analyse macht zwischen den Biografien von ehemals administrativ versorgten Menschen Parallelen ersichtlich, die sich zu biografischen Mustern, zu typischen Dynamiken oder Konstellationen verdichten lassen. Ein besonders augenfälliges biografisches Merkmal, das sich durch die unterschiedlichen Lebensphasen zieht, ist die Erfahrung von Zwang, etwa in der Form von massiven Einschränkungen, Notlagen und ausgeweglosen Situationen. Die rückblickende Bilanzierung ihres Lebens als «Zwangslagenleben», die eine Betroffene vornimmt, kann somit als generalisierbare biografische Erfahrung ehemals administrativ Versorgter gesehen werden.

Dies gilt nicht nur für die Zeit in administrativer Versorgung, sondern auch schon für die Lebensphase vorher. Zwangslagen sind in der Kindheit und Jugend der Betroffenen allgegenwärtig. In den meisten Fällen stammten diese aus armen Verhältnissen. Die administrative Versorgung war also eine Massnahme, die sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gegen Unterschichtsangehörige richtete. Armut beziehungsweise eine ökonomische Zwangslage war ein entscheidender Faktor, jedoch kein ausreichendes Kriterium für eine Versorgung. Bei den von uns Interviewten handelte es sich um Jugendliche und junge Erwachsene, die zusätzlich

marginalisiert wurden und so in besonders prekären Situationen lebten. Auffällig ist bei vielen eine der Versorgung vorangehende, oft jahre- oder jahrzehntelange Fremdplatzierungsbiografie. Die Betroffenen konnten aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihrer Familie aufwachsen und waren bereits als Kind platzlos, das heisst, sie verfügten über keine soziale oder familiäre Einbindung und waren entsprechend schutzlos. Die meisten wurden, gerade in der Fremdplatzierung, aber auch in ihrer Familie, Opfer von teilweise massiver Gewalt, wobei sexuelle Gewalt insbesondere gegen Mädchen und junge Frauen häufig war. Die Versorgung war oft die repressive Antwort der Behörden, wenn Jugendliche versuchten, eine solche von Gewalt geprägte Lebenssituation zu bewältigen, etwa indem sie flohen oder sich zur Wehr setzten. In diesem Sinn kann die administrative Versorgung im Untersuchungszeitraum als ein Instrument zur Massregelung von Opfern und zum Schutz von Tätern gesehen werden.

Darüber hinaus diente sie der Sanktionierung von Jugendlichen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollten, besonders wenn sie dies in jugendkulturellen Zusammenhängen beziehungsweise im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen taten. Auch in diesen Fällen lagen dem Autonomiebestreben schwierige, oft gewalttätige Lebenssituationen zugrunde. Vor diesem Hintergrund kann die administrative Versorgung als Versuch verstanden werden, mittels einer repressiven Massnahme den in den 1950er-Jahren einsetzenden sozialen Wandel – Aufweichung von Klassenzugehörigkeiten, erleichterter Zugang zu Bildung – aufzuhalten. Dabei sind die betroffenen Jugendlichen nicht primär als Akteurinnen und Akteure der neuen sozialen Bewegungen zu sehen. Oft wurde ihnen diese Zugehörigkeit einfach unterstellt.

Damit ist eine typische Erfahrung benannt, die vielleicht als zentrale Ursache für die administrative Versorgung bezeichnet werden kann: Stigmatisierung. Alle Interviewten waren in ihrer Kindheit und Jugend, zum Beispiel als Pflege- oder Heimkinder, von Zuschreibungen, Etikettierungen, Verleumdungen oder «automatischen Identifizierungen» (Goffman) betroffen. Die biografische Wirkungsmacht dieser Stigmatisierung war enorm. Vor diesem Hintergrund müssen auch die behördlichen Begründungen administrativer Versorgungen gelesen werden: Die Betroffenen waren nicht Jugendliche oder Erwachsene, die von einer Norm abwichen und deshalb, den zeitgenössischen Praktiken entsprechend, sanktioniert wurden. Mehr als dass sie etwas in dieser Art «waren», wurden sie als «normabweichend» und «dissozial» stigmatisiert. Sie unterschieden sich

nicht in ihrem Verhalten von anderen, sondern in ihrer sozialen Stellung als marginalisierte und von schwierigen Lebenssituationen betroffene Jugendliche und Erwachsene. Die administrative Versorgung war damit eine repressive Massnahme, die sich gegen diejenigen richtete, die besonders schutzbedürftig waren und Unterstützung benötigt hätten, insbesondere Kinder und Jugendliche, die Opfer von Gewalt wurden.

Als Bestrafung wurde die administrative Versorgung in der Regel auch nach dem Eintritt in eine Anstalt erfahren. Abgesehen von wenigen Ausnahmen wird der Aufenthalt negativ und als extreme Zwangslage geschildert, unabhängig von der Art der Anstalt. Die Betroffenen erhielten häufig keine Ausbildung, erlebten erneut Gewalt, waren gezwungen, körperlich harte, zermürbende Arbeit zu verrichten, und standen unter einem militärisch strengen Regelwerk und Strafreime. Die dominierende Anstaltspädagogik erschöpfte sich in Konditionierung mittels Zwang und Gewalt. Angesichts der Tatsache, dass Betroffene oft aufgrund eines «(Nach-)Erziehungsbedarfs» interniert wurden, zeigt dieser Befund, welche Diskrepanz zwischen den offiziellen Verlautbarungen und der Praxis bestand. Oft schädigten Anstalten ihre Insassen und Insassinnen zusätzlich. Diese machten erneut zum Teil massive Gewalterfahrungen, wurden stigmatisiert und gedemütigt und erhielten nur in seltenen Fällen eine berufliche Qualifikation, die für den Eintritt ins Erwerbsleben hilfreich gewesen wäre.

Das Leben nach der Entlassung aus der Anstalt blieb von Zwangslagen geprägt. Für viele spitzte sich die Erfahrung, sozial ausgeschlossen zu sein, sogar zu. Sie standen buchstäblich vor dem Nichts. Hinzu kam ein Gefühl von Verlorenheit und Perspektivlosigkeit, eine erneute Platzlosigkeit, die manche veranlasste, gesundheitsgefährdende beziehungsweise risikoreiche Bewältigungsstrategien wie Alkohol- und Drogenmissbrauch, Kleinkriminalität oder Prostitution zu wählen, wodurch sie erneut Gefahr liefen, administrativ versorgt zu werden.

Anstaltsentlassene waren aufgrund einer ungenügenden, auf wenige Berufsfelder beschränkten Ausbildung in den Anstalten zudem oft gezwungen, schlecht bezahlte Hilfsarbeiten anzunehmen. Gelang ihnen ein Quereinstieg in besser entlohnte Berufe oder eine höhere Ausbildung, ging diese Integration mit dem verstärkten Zwang einher, die Internierung zu verheimlichen. Sie erlebten auffällig häufig eine Krise mit nachfolgender Verschlechterung ihrer beruflichen Situation. In Zeiten schwacher Konjunktur waren sie besonders gefährdet, aus dem Beruf gedrängt

zu werden. Umorientierungen und Neuanfänge bis ins fortgeschrittene Alter waren die Folge, die Lebenssituation war oft zunehmend von Armut geprägt.

Auch berufliche Wege ausserhalb von Betriebshierarchien waren typisch. Die Arbeit als Selbständige gewährte ein gewisses Mass an Autonomie und Selbstbestimmung. Auch in dieser Position sahen sich ehemals Versorgte jedoch mit der Situation konfrontiert, aufgrund ihrer Vergangenheit diskreditiert werden zu können. Der Kampf um einen beruflichen und sozialen Platz, den alle Interviewpartnerinnen und -partner mit unterschiedlichen beruflichen und persönlichen Strategien ausfochten, erforderte stets eine gesteigerte Arbeitsleistung. Einige Anstaltsentlassene weisen sehr erfolgreiche und pionierhafte Berufsbiografien auf. Trotzdem blieb ihre Situation aufgrund ihrer Vergangenheit potenziell prekär.

In ihren sozialen Beziehungen waren administrativ Versorgte mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert. Oft gerieten sie nach der Entlassung in schwierige Paar- und Familienkonstellationen. Frauen mit kleinen Kindern wurden nach der Entlassung häufig Opfer häuslicher Gewalt. Stigmatisierung und Gewalterfahrung wirkten sich in Verbindung mit der ökonomisch und sozial schwierigen Situation nach der Entlassung besonders negativ aus. Kinder von ehemals Versorgten waren ausserdem häufig gefährdet, erneut fremdplatziert zu werden, sodass von einer transgenerationalen Perpetuierung der administrativen Versorgung gesprochen werden kann. Beziehungsabbrüche und Trennungen waren häufig. Auch auf der Beziehungs- und Familienebene lässt sich damit eine latente Unsicherheit im Lebensverlauf feststellen. Die Studie zeigt, dass positiv erlebte Beziehungen wichtig waren, ihr Aufbau aber aufgrund der Gewalt- und Stigmatisierungserfahrungen erschwert blieb. Der Versuch, sich und die Familie gegen einen erneuten Zugriff der Behörden abzusichern, bedingte auch in diesem Bereich erhöhte Arbeits- und Betreuungsleistungen.

Die administrative Versorgung und die fürsorgerischen Interventionen davor verfestigten im Kindheits-, Jugend- und frühen Erwachsenenalter die prekären ökonomischen und sozialen Verhältnisse, aus denen die meisten Betroffenen stammten, und reproduzierten damit ein Leben, das geprägt blieb von Zwängen und deren Bewältigung. Insbesondere Versuche Jugendlicher, sich dagegen zu wehren, wurden durch die administrative Versorgung sanktioniert. Die biografischen Möglichkeiten nach einer Anstaltsversorgung waren eingeschränkt und mit dem Zwang erhöhter Arbeits- und Anpassungsleistungen im privaten und beruflichen Leben

verbunden. Trotz Phasen des Erfolgs und der Stabilisierung blieben die Lebensbedingungen prekär. Viele Interviewpartnerinnen und -partner beschreiben ein «Zwangslagenleben», das sich bis in die Gegenwart erstreckt.

RÉSUMÉ

Pour cette étude sur les parcours de vie de personnes ayant vécu un internement administratif, 58 entretiens ont été réalisés, puis analysés. L'étude entend donner des réponses aux questions suivantes: qui étaient ces personnes et pourquoi ont-elles été internées sur décision administrative? À quoi ressemblait leur vie dans les établissements? Qu'ont-elles vécu et comment ont-elles digéré cette expérience? Et enfin, quel impact l'internement a-t-il eu sur la suite de leur vie? Porter l'attention sur les parcours biographiques permet d'approfondir la compréhension de la fonction sociétale des internements administratifs en Suisse, en particulier pour la principale période examinée allant des années 1950 aux années 1970. Les récits des contemporain-e-s apportent aussi une contribution substantielle aux connaissances que nous avons de l'internement administratif en Suisse. Ils ouvrent des perspectives qu'on ne trouve guère dans l'analyse d'autres types de sources, par exemple les documents officiels, et fournissent ainsi un complément important aux résultats obtenus par ailleurs.

L'analyse comparative de ces parcours de vie met en évidence des parallèles dont se dégagent des schémas biographiques, des dynamiques ou des configurations caractéristiques. Un des éléments biographiques particulièrement frappants que l'on retrouve dans les différentes phases de vie est l'expérience de la contrainte, qui se manifeste par exemple sous forme de limitations importantes, de situations de détresse ou d'impasses. Dressant le bilan de sa vie, une personne parle d'une succession de situations de contrainte, et l'on peut considérer que cette expérience est généralisable à l'ensemble de celles et ceux qui sont passés par l'internement administratif.

Cette constatation ne vaut pas uniquement pour le temps de l'internement, mais aussi, déjà, pour la phase de la vie qui le précède. Les situations de contrainte sont omniprésentes dans l'enfance et la jeunesse des personnes concernées, issues le plus souvent de milieux défavorisés. L'internement administratif était ainsi une mesure dirigée, à de rares exceptions près, contre les membres des classes inférieures. La pauvreté, c'est-à-dire une situation de contrainte économique, était un facteur déterminant, mais pas suffisant à lui seul, pour un internement. Les personnes avec lesquelles nous avons mené ces entretiens étaient des adolescent-e-s et de jeunes adultes qui

subissaient par ailleurs une forme de marginalisation et vivaient de ce fait dans des conditions particulièrement précaires. Un grand nombre d'entre eux ont avant même l'internement un parcours de placement extra-familial qui a duré des années, voire des décennies. Pour différentes raisons, les personnes concernées ne pouvaient être élevées au sein de leur famille et n'avaient ainsi déjà pas de place en tant qu'enfants; elles étaient ainsi sans défense, par manque d'intégration sociale ou familiale. La plupart ont été victimes de violences parfois massives, notamment dans le cadre de l'accueil extra-familial, mais aussi dans leur propre famille. La violence sexuelle était fréquente à l'encontre des filles et des jeunes femmes. L'internement était souvent la réponse répressive des autorités aux jeunes qui tentaient de venir à bout d'une situation de vie marquée par la violence en fuyant ou en résistant. En ce sens, l'internement administratif durant la période examinée peut être considéré comme un instrument de discipline des victimes et de protection des auteurs.

L'internement était aussi utilisé pour sanctionner les jeunes qui entendaient prendre leur vie entre leurs mains, particulièrement lorsqu'ils le faisaient dans le cadre des mouvements culturels de jeunesse ou des nouveaux mouvements sociaux. Dans ces cas aussi, la volonté d'autonomie que ces jeunes manifestaient était souvent liée à des situations de vie marquées par la violence. Dans ce contexte, l'internement administratif peut aussi être vu comme une tentative de freiner, par une mesure répressive, la mutation sociale qui s'enclenche dans les années 1950 – comme par exemple l'atténuation des distinctions de classes sociales ou l'accès facilité à l'éducation. Or les jeunes concernés par les internements administratifs ne sont pas au premier chef les acteurs et actrices de ces nouveaux mouvements sociaux. Bien souvent, leur participation à ces mouvements est simplement présumée.

On en arrive ainsi à une expérience qui peut sans doute être décrite comme la cause centrale de l'internement administratif: la stigmatisation. Toutes les personnes avec lesquelles un entretien a été réalisé ont été confrontées, dans leur enfance ou leur jeunesse, dans les foyers ou familles d'accueil, au dénigrement, aux étiquettes, à la calomnie ou à «l'identification automatique» (Goffman). L'impact de cette stigmatisation sur la biographie est énorme. C'est aussi dans ce contexte qu'il faut lire les motivations données par les autorités pour les internements administratifs: les personnes concernées n'étaient pas sanctionnées selon les pratiques de l'époque parce qu'elles s'écartaient d'une norme. Ce n'est pas tant parce

qu'elles «étaient» quelque chose de ce genre, mais parce qu'elles étaient stigmatisées et désignées comme «déviantes de la norme» et «dysso-ciales». Ce qui les distinguait des autres, ce n'était donc pas leur comportement, mais leur statut social d'adolescent-e-s et d'adultes marginalisé-e-s, confronté-e-s à des situations de vie difficiles. L'internement administratif était ainsi une mesure répressive visant celles et ceux qui avaient un besoin de protection particulier et qui auraient eu besoin d'un soutien, notamment des enfants et des adolescent-e-s victimes de violences.

L'internement administratif était en général aussi vécu comme une punition après l'entrée dans un établissement. À de rares exceptions près, le séjour est décrit négativement, comme une situation de contrainte extrême, quel que soit le type de l'établissement. Les personnes concernées n'avaient souvent reçu aucune formation. Elles subissaient à nouveau des violences, étaient contraintes d'effectuer des travaux physiques harassants et étaient soumises à des règles et à un régime de sanctions d'une rigueur militaire. La pédagogie dominante se limitait au conditionnement par la contrainte et la violence. Le fait que les personnes concernées ont souvent été internées pour de prétendus «besoins ou manques en matière d'éducation» montre tout l'écart qu'il y avait entre la communication officielle et la pratique. Souvent, les établissements ont fait encore davantage de mal aux personnes qui y ont été internées. Elles y ont subi à nouveau des violences, parfois graves, y ont été stigmatisées, humiliées, et n'ont pu que rarement obtenir des qualifications professionnelles qui leur auraient été utiles pour entrer dans la vie active.

La vie après la sortie de l'établissement reste marquée par des situations de contrainte. Pour un grand nombre des personnes concernées, l'expérience de l'exclusion sociale s'est même accentuée. Ces personnes se trouvaient littéralement devant le néant. S'y ajoutait un sentiment d'être perdu, de ne pas avoir de perspectives, d'être à nouveau privé de place. Certain-e-s ont développé des comportements à risque ou dangereux pour la santé comme stratégie d'adaptation – consommation d'alcool ou de stupéfiants, petite délinquance, prostitution – courant ainsi le risque d'être à nouveau interné-e-s.

Les formations dispensées dans l'internement étaient insuffisantes et limitées à un petit nombre de champs professionnels. Les personnes quittant les établissements étaient dès lors souvent contraintes d'accepter des emplois auxiliaires mal payés. Si elles parvenaient à bifurquer vers des métiers mieux rémunérés ou à accéder à une formation plus avancée, cette

intégration renforçait pour elles la contrainte de garder secret le passage par l'internement. Elles ont aussi fréquemment traversé des crises entraînant une péjoration de leur situation professionnelle. Lorsque la conjoncture était mauvaise, elles étaient particulièrement menacées de perdre leur emploi. Des réorientations et de nouveaux départs, jusqu'à un âge avancé, étaient dès lors communs, avec une situation de vie de plus en plus marquée par la pauvreté.

Des parcours professionnels en dehors des hiérarchies d'entreprises ont également été fréquents. Le travail en qualité d'indépendant garantissait un certain degré d'autonomie et d'autodétermination. Mais même ce statut ne mettait pas les personnes concernées à l'abri d'une discrimination liée à leur passé. La lutte pour une place sociale et professionnelle, que toutes les personnes interrogées ont menée, avec différentes stratégies personnelles et professionnelles, exigeait toujours un investissement supérieur. Certaines des personnes qui sont passées par l'internement administratif affichent ainsi des parcours professionnels marqués par le succès et l'innovation. Malgré cela, leur situation est restée potentiellement précaire, en raison de leur passé.

Dans leurs relations sociales, les personnes internées sur décision administrative étaient confrontées à des difficultés particulières. Elles se sont souvent retrouvées dans des situations de couple ou familiales compliquées après leur sortie des établissements. Les femmes avec des enfants en bas âge ont souvent été victimes de violence domestique. La stigmatisation et l'expérience de la violence avaient un impact particulièrement négatif en conjonction avec les difficultés économiques et sociales vécues après la libération. Les enfants des personnes ayant été internées risquaient souvent d'être eux-mêmes placés en dehors du cadre familial, de sorte que l'on peut parler d'une perpétuation transgénérationnelle de l'internement administratif. Les ruptures de relations et les séparations étaient fréquentes. On peut aussi constater une insécurité latente dans la suite du parcours de vie au niveau des relations et de la famille. L'étude montre que des relations vécues positivement, étaient importantes mais que la construction de ces relations était rendue plus difficile par l'expérience de la violence et de la stigmatisation. La volonté de s'éviter, à soi-même et à sa famille, de nouvelles ingérences des autorités exigeait ici aussi des prestations plus soutenues de travail et d'encadrement.

L'internement administratif et les interventions à des fins d'assistance qui le précèdent ont contribué à pérenniser les conditions économiques

et sociales précaires qu'ont connues la plupart des personnes internées administrativement dans leur enfance, leur adolescence et les premières années de l'âge adulte, reproduisant de la sorte une vie marquée par les contraintes et les efforts déployés pour y faire face. Les tentatives des jeunes pour résister, en particulier, étaient sanctionnées par l'internement administratif. Les possibilités qu'offrait la vie après la sortie des établissements étaient limitées et liées à la contrainte de fournir encore plus de travail et d'efforts d'adaptation, dans le cadre privé comme dans la vie professionnelle. Malgré des phases de succès et de stabilisation, les conditions de vie demeuraient précaires. Un grand nombre des personnes interrogées décrivent une vie marquée jusqu'à aujourd'hui par les contraintes.

RIASSUNTO

La presente indagine biografica, basata sull'analisi di 58 interviste condotte con ex internati/e amministrativi/e, si propone di rispondere alle seguenti domande: chi erano queste persone e perché sono state internate sulla base di una decisione amministrativa? Com'era la loro vita in istituto? Come hanno vissuto e come hanno elaborato questa esperienza? E infine: in che modo l'internamento amministrativo ha condizionato la loro vita? L'approccio biografico consente di approfondire la comprensione della funzione sociale degli internamenti amministrativi in Svizzera, in particolare per il principale periodo esaminato in questa sede, ossia quello racchiuso tra gli anni Cinquanta e Settanta del secolo scorso. Le testimonianze arricchiscono in modo sostanzioso la cognizione della materia: offrono una prospettiva praticamente assente nei documenti ufficiali e in altre fonti e vanno quindi a integrare i risultati finora raggiunti nel campo della ricerca.

Dall'analisi comparativa emerge che le storie delle persone in questione presentano alcune analogie riconducibili a modelli biografici, dinamiche o costellazioni caratteristiche. Un elemento biografico di particolare rilievo, riscontrabile in diverse fasi di vita, è l'esperienza della costrizione, dovuta ad esempio a gravi ristrettezze, situazioni difficili o senza via d'uscita. La caratterizzazione retrospettiva della propria vita come «vita costrittiva», come la definisce un'intervistata, assume quindi la valenza di un'esperienza biografica generalizzabile propria a ogni ex internato o internata.

Ciò non vale solo per il periodo vissuto in internamento amministrativo, ma anche per quello precedente: le difficoltà sono onnipresenti nell'infanzia e nell'adolescenza degli intervistati/e, che provengono perlopiù da famiglie in condizioni disagiate. L'internamento amministrativo era infatti un provvedimento diretto perlopiù contro chi apparteneva ai ceti inferiori. Indigenza o difficoltà economiche erano fattori determinanti, sebbene non sufficienti per l'internamento. Da adolescenti e giovani adulti/e, le persone da noi intervistate hanno subito un'ulteriore emarginazione, vivendo quindi in condizioni di particolare precarietà. In molti casi l'internamento amministrativo era stato preceduto da anni o addirittura decenni di collocamenti extrafamiliari. Per svariati motivi queste persone non avevano potuto crescere nelle loro famiglie e già da bambini accusavano un

deficit d'integrazione sociale e familiare, risultando dunque indifesi. Quasi tutti avevano subito violenze anche importanti durante il collocamento extrafamiliare, come pure in famiglia; la violenza sessuale era frequente, soprattutto nei confronti delle ragazze e delle giovani donne. Sovente l'internamento si era presentato come la risposta repressiva delle autorità ai tentativi dei o delle giovani di gestire, ad esempio dandosi alla fuga o anche opponendo resistenza, queste situazioni pervase di violenza. Sotto questo aspetto, l'internamento amministrativo può essere interpretato come uno strumento per disciplinare le vittime e proteggere i carnefici.

L'internamento serviva inoltre a sanzionare i giovani che intendevano assumere il controllo della propria vita, in particolare se lo facevano in un contesto di cultura giovanile, ossia nel quadro dei nuovi movimenti sociali. Anche in questi casi le aspirazioni di autonomia nascevano da condizioni di vita difficili, spesso intrise di violenza. Sotto questo aspetto, l'internamento amministrativo può essere inteso come il tentativo di fermare, con una misura repressiva, la trasformazione sociale che andava delineandosi dagli anni Cinquanta e comportava una maggiore permeabilità tra le classi sociali e un accesso facilitato all'istruzione. Sarebbe però sbagliato presumere che tutti questi giovani fossero impegnati nei nuovi movimenti sociali: molto spesso il loro coinvolgimento era solo presunto.

Ed ecco individuata un'esperienza tipica, probabilmente additabile come causa principale dell'internamento amministrativo: la stigmatizzazione. Durante l'infanzia e l'adolescenza, ad esempio da bambini collocati in famiglia o in istituto, tutti gli/le intervistati/e sono stati incolpati/e, etichettati/e, diffamati/e oppure «automaticamente identificati» (Goffman). L'impatto biografico di tale stigmatizzazione era enorme. È su tale sfondo che vanno contestualizzate le motivazioni fornite dalle autorità per gli internamenti amministrativi: non si trattava di giovani o adulti che infrangevano una norma e quindi subivano le punizioni consuete dell'epoca, ma piuttosto di individui *tacciati* di essere «devianti» o «dissociali», più che *esserlo* davvero. Non si distinguevano dagli altri per il loro comportamento, ma per la loro posizione sociale di giovani e adulti emarginati che versavano in condizioni difficili. L'internamento amministrativo era quindi un provvedimento repressivo proprio nei confronti di coloro che necessitavano di particolare protezione e sostegno, in particolare bambini e adolescenti vittime di violenza.

Anche l'internamento amministrativo in sé era vissuto come una punizione. A parte qualche eccezione, la permanenza in istituto è descritta

in termini negativi, come una situazione estremamente difficile, indipendentemente dal tipo di struttura. Non di rado gli internati non ricevevano alcuna formazione, subivano nuove violenze ed erano costretti a lavori fisici duri e logoranti, oltre a dover sopportare regimi normativi e disciplinari di stampo militare. La pedagogia istituzionale dominante si limitava al condizionamento per mezzo della costrizione e la violenza, mettendo in evidenza la discrepanza tra la realtà dei fatti e le dichiarazioni ufficiali, secondo le quali l'internamento era in genere dettato da «necessità (ri) educative». Sovente gli istituti aggravavano la situazione dei loro ospiti, che subivano nuove violenze – talvolta gravissime –, oltre a stigmatizzazioni e umiliazioni, senza ottenere in genere una qualifica professionale utile per intraprendere un'attività lavorativa.

La vita dopo il rilascio restava difficoltosa. Per molti, l'emarginazione sociale andava addirittura esacerbandosi. Buona parte di essi era letteralmente in rovina. Inoltre, essi si sentivano perduti e senza prospettive, nuovamente privi di un proprio posto nel mondo – sensazioni queste che inducevano alcuni e alcune ad adottare strategie di sopravvivenza nocive e rischiose, quali l'abuso di alcol e droghe, la microcriminalità o la prostituzione, mettendosi di nuovo a rischio d'internamento amministrativo.

A causa della formazione insufficiente dispensata negli istituti, limitata a pochi settori professionali, spesso gli ex internati erano inoltre costretti ad accettare lavori ausiliari mal retribuiti. Quando riuscivano ad accedere a professioni più remunerative o a un'istruzione superiore, la conseguente integrazione aumentava la costrizione a tacere dell'internamento. In tempi di bassa congiuntura, gli ex internati e internate – già di per sé soggetti/e a crisi con conseguente deterioramento della situazione professionale – erano a forte rischio di perdere il proprio impiego. Tendevano quindi a riorientarsi e a iniziare da capo fino in età avanzata, sperimentando spesso un lento declino verso la povertà.

Erano tipiche anche le carriere professionali al di fuori delle gerarchie aziendali. Il lavoro indipendente offriva un certo grado di autonomia e autodeterminazione. Tuttavia, anche come indipendenti, gli ex internati e internate potevano rischiare di finire screditati a causa del loro passato. La lotta per una posizione professionale e sociale, condotta da tutti gli intervistati a colpi di svariate strategie professionali e personali, ha sempre richiesto notevoli sforzi in ambito lavorativo. Le biografie professionali di alcuni ex internati denotano grande successo e spirito pionieristico. Eppure il loro passato rendeva potenzialmente precaria la loro situazione.

Anche nelle relazioni sociali, gli ex internati amministrativi si trovavano confrontati a particolari difficoltà. Spesso, dopo il rilascio, vivevano difficili situazioni di coppia o familiari. Le donne con bambini piccoli erano spesso vittime di violenze domestiche. La stigmatizzazione e le violenze subite, abbinate alla difficile situazione economica e sociale dopo il rilascio, producevano effetti particolarmente negativi. Inoltre, i figli degli ex internati correvano anch'essi il rischio di essere oggetto di collocamenti extrafamiliari, ragione per cui si può parlare di una perpetuazione intergenerazionale dell'internamento amministrativo. La rottura di relazioni e le separazioni erano frequenti. Anche a livello relazionale e familiare si riscontra pertanto una latente insicurezza nel percorso biografico. L'indagine rivela l'importanza di relazioni positive, ma anche la difficoltà di relazionarsi in questo modo dopo aver sperimentato violenze e stigmatizzazioni. Il tentativo di tutelarsi, insieme alla famiglia, da ulteriori ingerenze da parte delle autorità richiedeva sforzi accresciuti anche nell'ambito personale e familiare.

L'internamento amministrativo e i precedenti interventi a scopo assistenziale hanno contribuito a perpetuare quelle condizioni economiche e sociali precarie che le persone internate amministrativamente avevano già conosciuto durante la loro infanzia, la loro adolescenza e i primi anni dell'età adulta, riproducendo quindi una vita segnata dalle costrizioni e dagli sforzi intrapresi per affrontarle.

I tentativi dei giovani e delle giovani di opporsi a tali circostanze venivano sanzionati con l'internamento amministrativo. Le opportunità dopo l'internamento erano ridotte e richiedevano grandi sforzi lavorativi e adattativi, nella vita privata come in quella professionale. Nonostante qualche momento di successo e di stabilità, la precarietà perdurava. Molti degli intervistati e delle intervistate raccontano di una vita segnata durevolmente dalle costrizioni, che perdurano nel presente.

SUMMARY

This volume is a study of the biographies of former administrative detainees, based on an analysis of 58 biographical interviews conducted with the individuals concerned. The intent of the study is to suggest answers to the following questions: Who were these people and why were they placed in administrative detention? What was their life in the respective institutions like? What experiences did they go through and how did they come to terms with those experiences? And, finally, how did the experience of administrative detention influence their lives after their release? The biographical approach offers new insights into the social function of administrative detention in Switzerland, particularly during the period from the 1950s to the 1970s on which the study focused. The reports by contemporary witnesses to the events also contribute substantially to our general knowledge about the use of administrative detention in Switzerland. They provide insights into the subject that cannot be culled from other kinds of sources, such as official documents. In this way they allow us to make significant additions to the research findings hitherto obtained.

Comparative analysis of the biographies of former detainees reveals parallels between them, which allow us to recognise biographical patterns, dynamics and constellations that may be considered typical. A particularly conspicuous feature that remains constant throughout different phases of the former detainees' lives is the experience of coercion – in the form of massive restrictions on their freedom, periods of adversity, and inextricable situations. Efforts by these individuals to retrospectively come to terms with their “lives of coercion” can thus be seen as an experience that is generic to the biographies of former administrative detainees.

This holds true not only for the period of actual detention, but also for earlier periods of their lives. Situations of coercion are a constant feature of the childhood and adolescence of the individuals in question. Most of them came from poor circumstances. Administrative detention was thus a measure that – with very few exceptions – was deployed against members of the lower strata of society. Nevertheless, although poverty and oppressive economic situations were both decisive factors, neither constituted a sufficient criterion for issuing an administrative detention order. Moreover, the individuals we interviewed were socially marginalised as adoles-

cents or as young adults and had thus already lived then in particularly insecure circumstances. It is notable that prior to their administrative detention, many of these individuals had been placed in foster care for years or even decades. For various reasons, they could not grow up with their own families. Even as children, there was no place for them – that is, they grew up with little or no social or family belonging and were, as a result, defenceless. Most had been victims – often while in foster care, but sometimes within their own families – of sometimes extreme violence, and sexual violence, particularly against girls and young women, was a frequent occurrence. Detention was often the repressive response of the responsible public authorities to attempts by young people to deal with such violence in their lives, either by running away or by defending themselves. In this sense, administrative detention may also be seen, during the period here under investigation, as an instrument that was used to punish the victims and to protect the perpetrators.

In addition, it also served as a means of penalising young people who tried to take their lives into their own hands, particularly when they did go within youth movements or newly emerging social protest activities. In these cases, as well, the intense desire for independence was a reaction to living circumstances marked by difficulties and often violence. Against this background, administrative detention can be understood as an attempt to counter, with the help of a repressive measure, the social changes – the blurring of class distinctions, freer access to education – that began to emerge in the 1950s. At the same time, the juveniles in question should not be seen primarily as active members of the new social movements. Often, their participation was simply assumed.

This points to another experience that was a typical, and perhaps the main factor behind the ordering of administrative detention: stigmatisation. All of those interviewed had been victims, as children and as adolescents, of categorisation, labelling, slander and “automatic identifications” (Goffman) when placed in foster care, or in institutional homes, for example. The role this stigmatisation played in their biographies was enormous. It is against this background, as well, that the official reasons given by the authorities for ordering administrative detention must be understood. The individuals concerned were not merely juveniles or adults who had derogated from a norm and who, for that reason, needed to be punished in keeping with then current practice. Rather, they were stigmatised as “abnormal” or “anti-social”. It was not their actual conduct that distinguished

them from others, but their social status as marginalised youths and adults living in deprived circumstances. Administrative detention was thus a repressive measure against those who were in particular need of protection and who should have received support – in particular, children and adolescents who had been victims of violence.

As a rule, administrative detention was also perceived as a punishment after the individuals concerned had been placed in an institution. With very few exceptions, the time spent in detention is described in negative terms, regardless of the type of institution involved. In many cases, detainees did not receive any kind of education or training. Once again, they experienced violence, were forced to perform hard and exhausting physical labour, and were subject to militarily strict regulations and punishment regimes. The prevailing educational system in the detention facilities was based exclusively on conditioning by means of coercion and violence. In view of the fact that the individuals concerned were often interned for purposes of “(re-)education”, this finding clearly demonstrates the discrepancy that existed between the official explanations and the actual practices of the authorities. Detention facilities often inflicted additional harm on the detainees, who again experienced sometimes shocking violence. Stigmatised and demeaned, only rarely did they receive any occupational training that could be of use to them when seeking gainful employment on the outside.

After release from detention, their lives continued to be marked by coercive circumstances. For many, the experience of being socially ostracised was even further exacerbated by their being literally left with nothing. Added to this was a sense of abandonment, an absence of prospects, and a renewed feeling non-belonging that led some to adopt dangerous coping strategies such as alcohol and drug abuse, petty crime or prostitution. In addition to the health and other risks inherent in such strategies, they also brought with them the danger of being returned to administrative detention.

Because of the insufficient vocational training provided in detention facilities, which was limited to a small range of occupations, released detainees were also often compelled to accept poorly paid jobs. For those who did manage to regain their footing and find access to better paid jobs or higher education, the process of reintegration brought with it an even greater necessity to conceal the fact of their prior detention. It is conspicuous that many found themselves in situations of crisis, often followed by a

worsening of their employment prospects. In periods of general economic slowdown for example, it was they who were particularly at risk of losing their jobs. Many experienced a series of job changes and new beginnings, even at an advanced age, often accompanied by growing impoverishment.

Occupational paths outside normal employment hierarchies were also typical among former detainees. Self-employment allowed them a certain degree of independence and self-determination. Even in such cases, however, former detainees could be discredited because of their past. The struggle to earn a livelihood and to find a place in society was something that all of those interviewed had faced, and regardless of the occupational or personal strategies they adopted, extra effort was demanded of them. The career paths of a number of former detainees were, at times, highly successful and even pioneering. Notwithstanding this, their position was potentially vulnerable because of their past.

Administrative detainees also encountered particular difficulties in their social relations. In many cases, they found themselves, after their release, in complicated situations with their domestic partners or families. Women with small children were often victims of domestic violence following their release. Stigmatisation and violence, combined with financial and social challenges following their release from detention, had particularly negative consequences. In addition, the children of former administrative detainees were themselves frequently at risk of being placed in foster care. In this sense, it is possible to speak of a cross-generational perpetuation of administrative detention. Termination of personal relationships and separation from domestic partners were frequent. A latent insecurity inherent in the biographies of the former detainees can thus also be observed in regard to their personal and family relations. This study shows that relationships experienced as positive played an important role, but were difficult to establish as a result of the frequent violence and stigmatisation. Attempts to protect oneself and one's family from renewed intrusions by the authorities required more intense work and care-taking efforts in this area as well.

Administrative detention and the welfare measures that preceded it exacerbated – during the period of childhood, adolescence and young adulthood – the experience of uncertain economic and social circumstances that most of the individuals concerned grew up in. Those measures thus served to reinforce a pattern of coercion and coping that repeated itself throughout the victims' lives. It was particularly the efforts of young people to resist such measures that were punished through administrative

detention. The possibilities for building a life after detention were limited and were accompanied by the forced need for former detainees to make more intense efforts and to conform, in both their personal and their professional lives. Despite periods of success and stability, the circumstances of their lives remained uncertain. Many of those interviewed describe a “life of coercion” that continues to the present day.